Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 M., durch die Post 2,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; der Abonnementsabteilung Nr. 1133.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Vierundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, I sowie von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf. für Halle und auswärts 1 Mk.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.
Anzeigen-Geschäftsstelle Gr. Ulrichstraße 63. I, Telephon Nr. 591 u. 176.

Nr. 74. **Halle a. S., Montag, den 14. Februar.** **1910.**

Das „Recht auf die Strasse".

Die Auseinandersetzungen über die preußische Wahlrechtsvorlage wurden gestern in zahlreichen deutschen Städten auf die Straße übertragen. Wie aus den vorliegenden telegraphischen Nachrichten ersichtlich ist, kam es in Berlin, Köln, Duisburg, Magdeburg, Nordhausen, Elberfeld, Kiel, Frankfurt a. M., aber auch in zahlreichen andern Städten, in denen die Fixigkeit der Zeitungskorrespondenten bis zur Stunde noch nicht erprobt ist, zu blutigen Zusammenstößen zwischen Polizei und Wahlrechtsdemonstranten. In Berlin, wo man am meisten damit gerechnet hatte, daß der dort angehäufte Zündstoff zu gewaltsamen Explosionen führen würde, war es überraschenderweise am ruhigsten, während in andern Städten — beispielsweise in Duisburg und — Halle a. S. — diese Wahlrechtsdemonstrationen in regelrechte Krawalle ausarteten, die bewiesen, daß es unklug und grundverkehrt ist, die Politik auf die Straße zu tragen. **Es gibt für keine Partei** —, das gilt auch für die „Genossen" — **ein „Recht" auf die Straße!** Die Straße dient lediglich dem Verkehr — sagte der Berliner Präsident gestern mit lapidarischer Kürze. Ein Wort, dem jeder Bürger, der auf Ordnung sieht, der die Gefährdung des Allgemeinwohls nicht will, beipflichten muß.

Am schärfsten zu verurteilen ist es, wenn an solchen sturmbewegten Tagen, wie gestern, Angehörige der bürgerlichen Parteien nach jenen Straßen und Plätzen eilen, wo sie vermuten, daß „etwas los ist", um vom hohen Balkon herab beim Pilsener oder von einer Straßenecke aus hinter einem Spalier von andern Neugierigen mit anzusehen wie die Schutzmannschaft gegen die Demonstranten vorgeht. Was sich gestern hier auf dem Markte, vor der Post und am Theater abspielte, ist wirklich kein Schauspiel; es waren bitter ernste Stunden, wo Militär und Schutzleute mit einer aufgeregten Menge kämpften. Stunden, die hoffentlich auch am grünen Ministertisch in Berlin zum Nachdenken anregen.

Deshalb sollte sich — wir wiederholen es — bei ähnlichen Anlässen, die vielleicht nicht ausbleiben werden, die friedliebende Einwohnerschaft unserer Stadt von diesen Demonstrationsbezirken fernhalten und auf diese Weise mit dazu beitragen, die Polizeiorgane in der Aufrechterhaltung der Ordnung zu unterstützen. Dann wird man auch von jenen tief bedauerlichen Mißgriffen, wie sie gestern in der Erregung vorkamen, Mißgriffe, die wir nicht beschönigen aber auch nicht verurteilen wollen, nichts mehr hören.

Die Kämpfe um die Wahlrechtsvorlage gehören in das Parlament, sie werden mit geistigen Waffen, nicht mit Knüppeln und Steinen geliefert. Die Gewalttätigkeit hemmt die politische Entwicklung, die nur im Frieden und in der Ordnung gedeihen kann. Kriege untergraben die Kultur der Nationen, und wo im Innern ewige Unruhe herrscht, kann sich der Parlamentarismus, die Herrschaft des Zivilisten im Gegensatz zu der Gewaltherrschaft des Soldaten nicht frei entwickeln.

Die freisinnigen Parteien lehnen es deshalb ausdrücklich ab, auf der Straße zu demonstrieren. Nur die Reaktion und der Pöbel — nicht der Fortschritt triumphieren bei jedem Straßenkrawall. Das weiß auch der einsichtsvolle, politisch geschulte Sozialdemokrat sehr genau! Das spiegeln auch die Gedanken wieder, die einer der fähigsten Köpfe der Sozialdemokratie, der Reichstagsabgeordnete Heine, gestern in Berlin in den „Arminhallen" aussprach, Gedanken, die in den Worten ihre Prägung fanden:

> **„Der Politiker muß Geduld haben. Mit Straßendemonstrationen ist nichts zu erreichen, denn politisches Gewicht haben sie nicht.** Auch der von manchen Genossen befürwortete Generalstreik würde erfolglos sein. Aber die Wahlrechtsfrage darf nicht zur Ruhe kommen. Gemeinsam müssen wir arbeiten mit den Parteien, die uns politisch nahestehen, freudig alle begrüßen, die mit uns arbeiten wollen an der Verbesserung des Wahlrechts, selbst wenn sie zu anderen Zeiten unsere Gegner sind. **Aber Ruhe und Selbstbeherrschung ist für uns heute ebenso notwendig als bei Verhängung des Sozialistengesetzes,** wo wir zähneknirschend abseits stehen mußten."

Das „Kl. Journ." weist heute in einem sehr ruhig und sehr sachlich gehaltenen Artikel darauf hin, daß die Argumente derjenigen Leute, die auf Beispiele von Demonstrationen in England hinweisen, wo immer alles in „schönster Ordnung" verlaufe, bei Licht besehen, recht fadenscheinig sind. In England, heißt es, kommen ernste Ausschreitungen, wie sie bei uns leider zuweilen sich ereignen, bei solchen Gelegenheiten nicht vor, weil die Polizei die Menge nicht provoziert. Allerdings finden Versammlungen und Demonstrationen in den Straßen Londons ungehindert statt, sogar unter dem Schutze der Polizei, die sich damit begnügt, die Demonstranten zu begleiten. Zweifellos fällt **damit auch in der Theorie eine Hauptursache von Konflikten** fort. Wenn ein Umzug polizeilich erlaubt ist, erscheint die Möglichkeit von Reibungen mit den Schutzleuten, die zu einem blutigen Zusammenstoß führen können, wesentlich geringer. Aber in der Praxis stellt sich die Sache anders dar. Die Anschauung, daß Straßendemonstrationen im freien England stets einen friedlichen Verlauf nehmen, gehört zu jenen vielen landläufigen Redensarten, die sich bei näherer Betrachtung als grobe Irrtümer erweisen. Gewalttätigkeiten sind bei politischen Umzügen in der englischen Hauptstadt durchaus nichts Seltenes. Just weil die Polizei ihnen so gut wie hilflos gegenübersteht. Wenn trotzdem nur wenig in der Oeffentlichkeit davon die Rede ist, so liegt das vor allem daran, daß der Engländer sich über Gewalttaten überhaupt weniger aufregt, als der im Banne des Bürgerlichen Gesetzbuches stehende Deutsche. Man denke zum Beispiel nur an Unfälle, wie sie sich erst kürzlich anläßlich des Wahlkampfes in vielen Ortschaften Großbritanniens abgespielt haben. Aehnliche Vorgänge in Deutschland würde man als Aufruhr bezeichnen müssen. Dem Engländer ist eben jene, dem Deutschen in Fleisch und Blut übergegangene Scheu vor der Körperverletzung noch völlig fremd; er steht noch ganz, wie auch sonst in vielen Dingen, auf dem Boden des Mittelalters und redet deshalb auch nicht viel von Ausschreitungen, wo es sich nach seiner Ansicht nur um einige „blaue Augen" oder Arm- und Beinbrüche handelt. Aehnlich in Holland, wo ebenfalls das „Recht auf die Straße" dem Volke offiziell zugestanden wird. In Amsterdam und Rotterdam macht sich bei politischen Umzügen dieses Recht dadurch geltend, daß der Hafenpöbel jeden gutgekleideten Bürger, der sich auf die Straße wagt, mit Hohn und Spottrufen verfolgt, oder (es ist vorgekommen) im Hochgefühl seiner Gassensouveränität in den nächsten Kanal wirft. Allzu häufig ereignen sich dergleichen Späße allerdings nicht, denn der vorsichtige Bürger weiß, was er zu erwarten hat und bleibt, wenn irgend möglich, zu Hause.

Man sieht, es ist ein eigenes Ding um dieses „Recht auf die Straße", das bei oberflächlicher Betrachtung so verlockend aussieht.

*

Telegramme über den „Wahlrechtssonntag".

S. **Berlin**, 13. Februar.

Ein dichter und feuchter Nebel lag heute über der Reichshauptstadt, es war kein „Revolutionswetter", und so ist denn die umfangreiche Demonstration der Sozialdemokraten gegen die Wahlrechtsvorlage der preußischen Regierung, soweit wenigstens bis in die späten Abendstunden festgestellt werden konnte, ruhig und ohne besondere Zwischenfälle verlaufen. An allen Litfaßsäulen prangte auf roten Plakaten eine Bekanntmachung des neuen Polizeipräsidenten von Jagow, die folgenden kurzen Wortlaut trug:

„Es wird das „Recht auf die Straße" verkündet.
Die Straße dient lediglich dem Verkehr. Bei Widerstand gegen die Staatsgewalt erfolgt Waffengebrauch.
Ich warne Neugierige."

Die Sozialdemokratie hatte ihre sämtlichen eingeschriebenen Anhänger und die Mitläufer mobil gemacht, um die 65 Protestversammlungen, die über Groß-Berlin zerstreut waren, zu füllen. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung waren seitens der Behörden umfassende Maßregeln ergriffen worden. Wie am „roten" Sonntag, hatte das Schloß, der Marstall und einige andere hervorragende Gebäude Besatzung von Kavallerie erhalten. Sämtliche dienstfreien Schutzleute waren eingezogen worden, jedoch hatte der Berliner Polizeipräsident, wie wir zuverlässig erfahren, sämtlichen Beamten durch einen besonderen Erlaß dringend ans Herz gelegt, in jeder Weise Ruhe und Besonnenheit an den Tag zu legen, um Zusammenstöße oder gar Blutvergießen, solange es sich mit der Aufrechterhaltung der Ordnung vereinbaren ließ, zu vermeiden. Die Leitung der Demonstrationskundgebung hatte ihrerseits die Order ausgegeben, daß die Versammlungsbesucher sich in Trupps von etwa 100 Personen aus den benachbarten Sammellokalen zu den Versammlungen begeben und ebenso nach Schluß wieder abmarschieren sollten und zwar in möglichst langsamem Tempo. Diesem Befehle wurde auch prompt Folge geleistet.

Das Bestreben der Polizei ging vor allem darauf, die Massen in fortwährender Bewegung zu halten und sie möglichst nach der Peripherie abzudrängen, um etwaige Demonstrationen vor dem Schlosse zu verhüten. Das ist ihr denn auch gelungen, zumal die Demonstranten den Weisungen der Polizei willig nachkamen. Es waren meistens sonntäglich gekleidete anständige Elemente, die an den Zügen teilnahmen.

Der Berliner Mob war zu Hause geblieben.

An verschiedenen Stellen gestattete die Polizei sogar, daß Arbeiterlieder gesungen und Hochs auf das Reichstagswahlrecht ausgebracht wurden. Die Versammlungen waren durchweg überfüllt. Als Redner traten die bekannten Führer der sozialdemokratischen Partei auf. In allen Versammlungen wurde eine gleichlautende Resolution angenommen, die besagt:

„Die Versammlung nimmt voll Empörung Kenntnis von der Wahlrechtsvorlage der Regierung. Die Versammlung erblickt in dieser Vorlage eine unverschämte Verhöhnung und freche Provokation des Volkes. Statt der Einführung des geheimen Wahlrechts, das die große Mehrheit des preußischen Volkes verlangt, bringt die Vorlage eine erhebliche Verschärfung der bisherigen Rechtlosigkeit der arbeitenden Bevölkerung und eine Erweiterung der ungeheuerlichen Vorrechte der Besitzenden. Getreu ihrer historischen Rolle, der Hort aller Reaktion zu sein, stellt sich die preußische Regierung in schneidendem Gegensatz zu den Regierungen derjenigen deutschen Bundesstaaten, die mit der Aenderung ihrer verfassungsrechtlichen und wahlgesetzlichen Einrichtungen den Forderungen der Zeit Rechnung getragen haben. Die Versammlung fordert daher von neuem nachdrücklich, daß das allgemeine gleiche direkte geheime Wahlrecht unter Anwendung des Verhältnis-Wahlsystems allen über zwanzig Jahre alten Staatsbürgern ohne Unterschiede des Geschlechts eingeräumt wird."

Dieser Gedanke wird dann noch weiter ausgeführt und daran die Mahnung geknüpft, für die Durchführung des Reichstagswahlrechts nachdrücklich zu kämpfen.

Zu einer interessanten Szene kam es auf dem Wittenbergplatz, wo der Reichstagsabgeordnete Fischer von einem Laternenpostament herab vor etwa 2000 Menschen eine kurze Ansprache hielt. Die Versammelten zerstreuten sich dann in vollkommener Ordnung.

Es liegen ferner noch folgende Meldungen vor:

Berlin, 14. Febr. Zu den gestrigen Demonstrationen in Berlin wird gemeldet: Im ganzen wird die Zahl der Versammlungsteilnehmer auf 150 000 geschätzt. Im Humboldthain wurde eine Versammlung unter freiem Himmel improvisiert, an der wohl 30 000 Männer und Frauen teilnahmen. Von den Schultern eines Arbeiters herab hielt der Reichstagsabgeordnete Ledebour eine Ansprache, die mit Hochrufen auf die Sozialdemokratie schloß. Dann wurde Dr. Breitscheid auf die Schultern gehoben. Er betonte, daß bei dem Wahlrechtskampf das freigesinnte Bürgertum mit der Arbeiterschaft zusammengehen müsse. **Auch der Abgeordnete Pfannkuch hielt eine kurze Rede.**

Ein rotes Banner

mit der Aufschrift: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!" wurde geschwungen. An einer hohen weißen Tafel las man die Worte: „Hoch das freie Wahlrecht! Nieder mit den Junkern!" Vom Humboldthain zog ein großer Trupp von Demonstranten zur Friedrichstadt. In der Friedrichstraße stellten sich ihnen Schutzleute entgegen, die die Massen nach der Karlstraße abzudrängen versuchten. Es entstand ein starkes Gedränge, die Schutzmannschaft zog blank und teilte flache Hiebe aus. Ein älterer Mann wurde am Kopfe verletzt; zwei andere Personen erhielten ebenfalls Säbelhiebe. Im ganzen wurden bei dem Zusammenstoß 3 Personen schwer und mehrere leichter verletzt. Zahlreiche Verhaftungen erfolgten.

Nach der Versammlung in Rixdorf fand ein imposanter Demonstrationsspaziergang durch die Hauptstraßen von Rixdorf statt. Die Massen bewegten sich in ruhiger Ordnung bis zum Hohenzollernplatz. Als die Menge zum Richardplatz vordrang, kam es zu einer Stauung. Aus den Seitenstraßen drängten andere Gruppen von Demonstranten. Am Eingang der Schoudumastraße zum Richardplatz hatten vor der Polizeiwache ein Leutnant mit 4 Mann Posten gefaßt. Während der größte Teil der Demonstranten weiterzog, benutzte ein Teil die Gelegenheit zu blutigen Exzessen. Man rief: „Bluthunde! Schmeißt doch die Blauen aufs Pflaster!" und drängte gegen die Beamten vor. Als Antwort auf die Aufforderung eines Polizeileutnants zum Auseinandergehen erfolgten Steinwürfe, worauf der Befehl zum Blankziehen gegeben wurde. In diesem Augenblick flog dem Wachtmeister Beck von hinten ein Stein gegen den Kopf. Beck stürzte zu Boden und blieb einige Sekunden bewußtlos liegen. Der Stein hatte das Leder des Helmes glatt durchschlagen und dem Beamten eine tiefe Fleischwunde beigebracht. Wie viele Verletzungen noch vorgekommen sind, ließ sich bisher nicht feststellen. Es gelang, den Platz zu räumen, ohne daß es zu weiteren Ausschreitungen kam. 10 Sistierungen wurden vorgenommen.

Berlin, 13. Febr. Auch in den Provinzstädten fanden allenthalben Wahlrechtsversammlungen der Sozialdemokraten statt. In Essen, Dortmund, Bochum, Gelsenkirchen, Mühlhausen i. Thür. und Kassel sind die Demonstrationen ohne Zwischenfälle verlaufen, während es in Magdeburg zu heftigen Zusammenstößen kam. Viele Verhaftungen erfolgten.

Eine vereitelte Straßenkundgebung in Magdeburg.

In Magdeburg kam es nach der sozialdemokratischen Wahlrechtsversammlung zu heftigen Zusammenstößen mit der Schutzmannschaft, die 2 Stunden lang verhinderte, daß die Demonstranten in die Hauptstraßen gelangten. Die Demonstranten erschöpften ihre Kraft in Pfuirufen und in Hochrufen auf das gleiche, allgemeine Wahlrecht. Später fanden auf dem alten Markte und dem Breitenweg neue Zusammenrottungen statt, die abermals heftige Zusammenstöße veranlaßten. Viele Verhaftungen wurden vorgenommen.

Nordhausen, 14. Febr. Gestern haben hier Wahlrechtsdemonstrationen größeren Umfangs stattgefunden. Nach Beendigung zweier großer Demonstrationsversammlungen begaben sich mehrere hundert Personen in geschlossenem Zug nach der inneren Stadt. Den Demonstranten trat ein großes Schutzmannsaufgebot entgegen; von der Waffe wurde nicht Gebrauch gemacht.

Vergebliche Demonstrationsversuche in Köln.

Vor Beginn der gegen die Wahlrechtsvorlage von der Sozialdemokratie einberufenen Versammlungen rottete sich mittags auf dem freien Domplatze sowie in den angrenzenden Straßen eine nach Tausenden zählende Menge zusam-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19100214017/fragment/page=0001

men, die im geschlossenen Zuge über die von Spaziergängern dicht besetzte Hochstraße nach den Versammlungslokalen ziehen wollte. Die Polizei hatte indessen entsprechende Maßregeln getroffen. Hunderte von Schutzleuten trieben die Massen auseinander und in die Seitenstraßen hinein. Besonders ging die reitende Schutzmannschaft energisch zu Werke und sperrte die Hauptverkehrsadern der Stadt, worauf die Menge durch die Seitenstraßen nach den Versammlungslokalen zog. In den Versammlungen wurden gleichlautende scharfe Protestresolutionen gegen die Wahlrechtsvorlage angenommen. Auf der Straße wurde die Menge dann wieder von der Polizei in die Seitenstraßen gedrängt.

Die Demonstranten folgten den in den Versammlungen gegebenen Aufforderungen, auf der Straße keinen Widerstand zu leisten und zerstreuten sich in die Seitenstraßen, eskortiert von der reitenden Schutzmannschaft.

Unter den Verwundeten in Duisburg soll sich, wie verlautet, der Redakteur der „Niederrheinischen Arbeiter-Zeitung" befinden. In Frankfurt a. M. schritt die Polizei ein, als etwa 8000 Demonstranten in das Stadtinnere einzudringen versuchten. 50 Sistierungen wurden vorgenommen. In Königsberg i. Pr. mußten die Demonstrationsansammlungen von Polizei und Gendarmerie mit blanker Waffe aufgelöst werden. Drei Personen wurden verletzt. Einige Sistierungen erfolgten. In Kiel wurden 15 Protestversammlungen abgehalten. In vier Riesenzügen durchzogen die Demonstranten die Straßen der Stadt. Polizei mußte mit blanker Waffe einschreiten. Ein Arbeiter wurde festgenommen. In Neumünster wurden zwei Personen schwer, mehrere leichter verletzt und 11 verhaftet.

In Baden.

Frankfurt a. M., 14. Febr. Auch in Baden fanden gestern Demonstrationen statt, so in Karlsruhe, Lörrach und Pforzheim, wo die Sozialdemokraten gegen die bekannte Aeußerung des Reichskanzlers im preußischen Landtag protestierten, die eine von Preußen auf das Reich einwirkende junkerliche Reaktion sei. Der Abg. Eichhorn äußerte in Karlsruhe in einer Rede, daß auf das Zentrum bei der Wahlreform durchaus kein Verlaß sei.

*

W. **Solingen,** 14. Febr. (Privat-Telegr.) Auch hier kam es zu einer großen Wahlrechtsdemonstration. In einer von Tausenden besuchten Versammlung sprach Abgeordneter Liebknecht in maßvoller Weise über die Notwendigkeit einer Wahlreform. Eine Menge von 10 000 Personen zog unter Hochrufen auf das allgemeine Wahlrecht vor das Rathaus. Ausschreitungen sind nicht vorgekommen.

Die große deutsche Landwirtschaftswoche.

XI. Hauptversammlung des Königl. Preuß. Landes-Oekonomie-Kollegiums.

(Nachdr. verb.) S. & H. **Berlin,** 12. Febr.

In der heutigen Schlußsitzung des Landes-Oekonomie-Kollegiums referierte zunächst Oekonomierat Burckhardt (Berlin) über

Regelung der Schlachtviehversicherung.

Der Redner sucht an der Hand einer Erhebung über den Umfang der Schlachtviehversicherung und der Beanstandung durch die Fleischbeschau den Nachweis zu führen, daß eine Regelung der Schlachtviehversicherung absolut notwendig sei. Wenn trotzdem die Landwirtschaftskammern wenigstens teilweise von einer staatlichen und obligatorischen Regelung der Frage vorläufig absehen wollen, so spielt hierin wesentlich die geringe Aussicht auf einen ausreichenden Staatszuschuß eine Rolle. Zwar hofft eine Reihe von Kammern durch Ausbau bestehender Schlachtviehversicherungen dem vorhandenen Bedürfnis Rechnung tragen zu können, doch ist kaum anzunehmen, daß hier ein wesentlicher Erfolg zu erreichen sein wird. Eine Uebertragung an die Versicherungsvereine für lebendes Vieh würde die Leistungsfähigkeit der meisten derselben stark in Frage stellen. Ein Zusammenarbeiten zwischen Landwirten und Fleischern in den Anstalten der Fleischer auf den Schlachthöfen hat ebenfalls nur geringe Aussicht auf Erfolg. Die Fleischer werden sofort die Befürchtung haben, daß sie ausgeschaltet werden sollen. Einigermaßen Aussicht dürfte daher nur die Schaffung kommunaler Kreisversicherungsvereine haben, wie sie bereits im Kreise Teltow bestehen. Diese Vereine müßten dann aber nicht nur die Versicherung des im Kreise geschlachteten, sondern auch des zum Schlachten verkauften Viehes übernehmen. Der Redner legt schließlich folgende

Resolution

vor:

„Das Landes-Oekonomie-Kollegium wolle beschließen:

1. Das Landes-Oekonomie-Kollegium steht nach wie vor auf dem Standpunkte, daß das zum Besten der Fleischkonsumenten zu Lasten der Fleischproduzenten erlassene Fleischbeschaugesetz gerechterweise nur gleichzeitig mit der Zwangsschlachtviehversicherung mit Staatszuschuß hätte eingeführt werden dürfen.

2. Die mangels einer staatlichen Regelung der Schlachtviehversicherung inzwischen eingetretene Entwicklung der Schlachtviehversicherung genügt dem durch das Fleischbeschaugesetz geschaffenen Bedürfnis nur sehr unvollkommen.

3. Das Landes-Oekonomie-Kollegium bedauert, daß die derzeitige Finanzlage die Erreichung eines ausreichenden Staatszuschusses zu Zwangsversicherungsanstalten zweifelhaft erscheinen läßt, steht deshalb bis auf weiteres von der Forderung nach staatlichen Maßnahmen ab und empfiehlt den Landwirtschaftskammern eine andauernde, sehr scharfe Beobachtung des zurzeit in Uebung befindlichen Schlachtviehversicherungswesens.

4. Bezüglich der Bestrebungen nach Erweiterung der gesetzlichen Hauptmängelliste steht das Landes-Oekonomie-Kollegium gleichfalls weiter auf dem in seinem Beschluß vom 4. Februar 1904 eingenommenen Standpunkte und vermag eine Berechtigung derselben nicht anzuerkennen. Eine Ausdehnung der Hauptmängelliste bei Schlachtvieh würde ein unabweisbares Bedürfnis zur staatlichen Regelung der Schlachtviehversicherung mit Staatszuschuß sofort hervorrufen. Es erklärt, daß eine Erweiterung der Hauptmängelliste für Schlachtvieh daher nur in Verbindung mit der Durchführung der obligatorischen Schlachtviehversicherung mit Staatszuschuß möglich sein würde, wenn nicht die gesamte einheimische Viehproduktion auf das schwerste erschüttert werden soll. Da eine Abänderung der Hauptmängelliste für das ganze Reich in Geltung kommen würde, würde damit auch dem Reiche die Verpflichtung erwachsen, die gesetzliche Regelung der Schlachtviehversicherung für alle Bundesstaaten anzuordnen.

5. An den Herrn Landwirtschaftsminister richtet das Landes-Oekonomie-Kollegium die Bitte, die zuständigen Stellen um eine schärfere und sachverständige Kontrolle der privaten Schlachtviehversicherungsunternehmen zu ersuchen und zu prüfen, ob ein weiterer Ausbau kommunaler Versicherungsgelegenheiten möglich ist."

Deutsches Reich.

Oeffentlich oder geheim?

(Meldung unseres ✠-Mitarbeiters.)

* **Berlin,** 13. Febr. 1910.

Die preußische Wahlrechtsreform ist nunmehr zur Beratung einer Kommission von 28 Mitgliedern übergeben worden, und man kann in Kürze damit rechnen, klar zu sehen. Die Regierung ist sich bewußt, daß die ganze Reform, will man die Stellungnahme der Parteien im Abgeordnetenhause gelten lassen, mit der Frage: öffentliche oder geheime Wahl steht und fällt, denn die Anhänger der öffentlichen Stimmabgabe scheinen in der Kommission augenblicklich mit zwei Stimmen in der Minderheit zu sein. (Es stehen für die geheime Stimmabgabe 6 Stimmen vom Zentrum, 4 von den Nationalliberalen, 3 von den Freisinnigen und je 1 Stimme von den Sozialdemokraten und Polen zur Verfügung, insgesamt 15 Stimmen gegen 9 Stimmen der Konservativen und 4 der Freikonservativen, insgesamt 13 Stimmen als Freunde der öffentlichen Abstimmung. Man neigt jedoch zu der Ansicht, daß die Meinung der Parteien nach reiflicher Ueberlegung Modulationen unterworfen sein kann, und daß sich schließlich durch Zugeständnisse der Regierung in einigen anderen Punkten der Wahlreform eine Mehrheit für die öffentliche Stimmabgabe herauskristallisiert. Sollte dies nicht geschehen und sollte sich für die geheime Wahl eine Mehrheit finden, so ist damit zu rechnen, daß die Arbeit der Kommission ein vorzeitiges Ende findet, weil die Weiterberatung schon deswegen illusorisch sein könnte, da bei der zweiten Beratung im Plenum kaum eine Mehrheit für die geheime Wahl herauskommen dürfte. Die Regierung, das bedarf kaum der besonderen Erwähnung, steht auf dem unverlaßbaren Standpunkt der Beibehaltung der öffentlichen Abstimmung.

Herzog Ernst Günther und der Kreistag von Apenrade.

§§ Durch einzelne Zeitungen ist die Mitteilung verbreitet worden, daß dem Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein im Verwaltungsstreitverfahren das Recht der Mitgliedschaft zu einem regierenden Hause aberkannt worden sei. Durch diese Nachricht ist, wie die „Berl. pol. Nacht." an zuständiger Stelle festgestellt haben, die Sachlage völlig entstellt. Weder ein Verwaltungsgericht, noch ein sonstiges Verwaltungsorgan ist bisher in der Lage gewesen, eine solche „Aberkennung" vorzunehmen. Es handelt sich lediglich um Differenzen über das Recht des Herzogs, sich bei den Kreistagswahlen vertreten zu lassen.

Schon im Jahre 1873 hatte der Reichskanzler Fürst Bismarck und der Minister des Innern Graf zu Eulenburg durch ministeriellen Bescheid die Vertretung des damaligen Herzogs Friedrich zu Schleswig-Holstein im Kreistage als zu Recht bestehend bestätigt, weil derselbe als Mitglied eines regierenden Hauses anzusehen sei. Das Recht des Herzogs Ernst Günther zur Vertretung im Kreistage wird auch in zwei Kreisen, in denen derselbe in Schlesien angesessen ist, unbestritten ausgeübt. Nur der Apenrader Kreistag hat sich trotzdem bei den letzten Kreistagswahlen auf Grund eines eingelegten Einspruchs veranlaßt gesehen, das Vertretungsrecht des Herzogs zu bestreiten. Zur Entscheidung über diese Frage ist nunmehr der Bezirksausschuß angerufen worden.

Heer und Flotte.

Der Kaiser bei den Garde-Pionieren.

✕ **Berlin,** 14. Febr. Der Kaiser hielt bei der Festtafel, die anläßlich der 100 Jahrfeier des Garde-Pionierbataillons am Sonnabend stattfand, eine Ansprache, in der u. a. gesagt wurde:

„Und wenn man die technische Entwicklung unserer Armee durch 26 Jahre verfolgt, so dürfen auch die Garde-Pioniere mit Stolz und Zufriedenheit auf diese Zeit blicken. Der Pionierrock, der, einst vereinzelt in der Armee, gewissermaßen in kleinen Inseln auftauchte, hat sich weiter und weiter auf neue Truppenformationen erstreckt, und wenn jetzt Ihr Blick auf die Verkehrstruppen fällt, auf die Luftschiffer, Autofahrer, oder wenn die gewaltige Kolonne der Eisenbahnbrigade auf dem Tempelhofer Felde heranmarschiert, so läßt das Ihre Herzen höher schlagen, denn Sie sehen Ihren Rock, ein Beweis dafür, wie er sich in eingehender Arbeit und fleißigem, hingebungsvollem Dienst seine Bahn gebrochen hat. Mannigfaltig sind die Gebiete, die den Pionieren zur Verfügung stehen und stehen werden, aber derselbe Geist muß Ihre Anwendung beseelen, derselbe Geist, der in den ersten Anfängen und den ersten Stammtruppen gelebt hat. — Das Bataillon ist in verschiedener Weise wiederholt mit mir in Berührung gekommen. Ich habe die Freude gehabt, es an Uebungstagen im Gelände zu sehen, im Manöver, bei seiner eigenen Arbeit. Das erste Mal war ich mit meinem seligen Vater bei Ihnen, der, wie Sie alle wissen, eine ganz besondere Gnade und ein ganz besonderes Interesse für das Bataillon hatte. Mein Fortifikationslehrer Oberstleutnant Diener hat die Beobachtungen, die ich beim Garde-Pionier-Bataillon habe machen können, noch verstärkt und mir das Verständnis für die Notwendigkeit und die Tragweite der Pionierwaffe für unsere Armee beigebracht. Und wenn ich hier am heutigen Tage dem Bataillon nochmals meine volle Anerkennung ausspreche und den Offizieren meinen Dank für die hingebungsvolle Arbeit, die sie geleistet haben, so möchte ich doch nicht unterlassen, auch derer zu gedenken, die nicht mehr unter uns sind. Ich will bloß zwei Namen nennen: der eine ist Kleist, der andere ist Stechow. Von Kleist habe ich das eine gelernt, damals in jungen Jahren, wie ich zur Regierung kam: er hat mir ein echt soldatisches Wort entgegnet, als wir eine Uebung besprachen, das Uebersetzen schwerer Festungsgeschütze: „Es geht nicht" kommt überhaupt im Wörterbuch eines Pionieroffiziers nicht vor. Ich glaube, ich kann das auch auf die ganze Armee übertragen. Und ebenso ein herzliches Andenken Ihrem verstorbenen Kommandeur Stechow, dem das Bataillon viel zu verdanken hat, der ein ganz hervorragender Offizier war, von dem die Armee noch viel gehabt hätte. Möge ihr Geist des Strebens, der stillen Hingebung und Arbeit im richtigen Augenblick wieder so volle Erfolge erzielen wie einst 1870. Jedenfalls kann sich das Garde-Pionier-Bataillon versichert halten, daß mein kriegsherrliches Interesse und meine königliche Gnade stets dem Bataillon nach wie vor geschenkt werden wird. Das Garde-Pionier-Bataillon Hurra!"

Ausland.

Der letzte Wunsch des Leibarztes der Zarin.

(Telegramm der „Politischen Rundschau".)

√ **Petersburg,** 12. Febr. 1910.

Soeben starb hier Professor Botkin, der Ehrenleibarzt der Zarin, der dieselbe in den letzten Jahren ständig behandelt hat. Kurz vor seinem Tode äußerte sich Botkin noch dahin, er wünsche nichts sehnlicher, als daß die Zarin die Angst vor einer Operation überwinde, denn ihr Leiden mache einen operativen Eingriff erforderlich, wenn man nicht das Schlimmste befürchten wolle.

Wie Roosevelt empfangen wird.

Aus Newyork wird berichtet: Schon jetzt rüstet sich Amerika, um seinem grossen heimkehrenden Sohne im Sommer eine imposante Bewillkommnung entgegen zu bringen. Denn im kommenden Juni wird Theodore Roosevelt nach seinem Siegeszug durch Afrika wieder den Boden seines Heimatlandes betreten. Der republikanische Klub plant die Gründung eines großen nationalen Empfangskomitees, das in allen wichtigen Städten Unterkomitees errichten soll; mit dem größten Pomp und den größten Ehren will man Teddy dann bei seiner Ausschiffung im Newyorker Hafen willkommen heißen. Taft verfolgt diese Bewegung mit lebhafter Befriedigung, wenngleich es noch nicht feststeht, ob er selbst an dem feierlichen Empfang seines Vorgängers wird teilnehmen können, da Taft Ende Mai nach Alaska fahren soll.

Die Zeitungen feiern Roosevelt in den höchsten Tönen, man spricht von der Notwendigkeit, ihn nach dem Ablauf von Tafts Präsidentenzeit wieder zu erwählen, und ein begeisterter amerikanischer Journalist nennt Roosevelt einen modernen Napoleon, der nach den Tagen von Elba in sein Vaterland heimkehrt, doch anders als sein Prototyp, denn Roosevelt hat an Macht, Ruhm und Popularität nichts eingebüßt, sondern sogar gewonnen. . . .

Kleine politische Nachrichten.

Das Schicksal der Tatjana Leontieff.

Die infolge ihrer Mordtat im Hotel Viktoria zu Interlaken der russischen Revolutionärin Tatjana Leontieff zudiktierte dreijährige Zuchthausstrafe geht im August d. J. zu Ende. Es ist richtig, daß sie sich seit längerer Zeit in der Irrenanstalt Münsingen befindet und daß ihre Geisteskräfte zusehends abnehmen, so daß sie für nichts mehr Interesse hat und sich mit kindischem Spiel — Steinewerfen usw. — die Zeit vertreibt. Zu irgendeiner Arbeit ist die Gefangene ganz unfähig.

Die Revolution in Argentinien.

Der Versuch, eine revolutionäre Bewegung in Argentinien anzuzetteln, ist vollständig mißglückt. Die revolutionären Gruppen sind aufgelöst worden. Im Innern des Landes herrscht völlige Ruhe. Die Presse verurteilt einmütig den Versuch der Revolutionäre und beglückwünscht die Regierung zu den getroffenen Maßnahmen. Die Truppen der Regierung haben Befehl erhalten, wieder in ihre Kasernen zurückzukehren.

Deutscher Reichstag.

34. Sitzung am 12 Februar 11 Uhr.

Eingegangen sind: Das Arbeitskammergesetz und das Heimarbeitsgesetz.

Die Beratung des Militäretats

wird fortgesetzt beim Kapitel Artillerie- und Waffenwesen.

Abg. **Will** (Zentrums-Elsässer)

befürwortet Eingaben mehrerer Beamten-Kategorien: Verwaltungsschreiber, Kanzleischreiber usw. Der Lohn der Arbeiter in den Werkstätten dürfte nicht niedriger sein, als der in den Privatwerkstätten. Stücklöhne müßten ganz abgeschafft und durch Zeitlöhne ersetzt werden. Die Arbeiterinnen in den Depots würden sehr stark zur Arbeit herangezogen, dabei betrage ihr Tageslohn nur 2 Mark, der ihnen nicht einmal auf die Dauer sicher sei. Denn liege keine Arbeit vor, würden sie ohne weiteres entlassen. Die Pension der Werkstättenarbeiter in Saarbrücken, Metz usw. müsse mindestens so ausgestaltet werden, wie die der Eisenbahnarbeiter. Die Arbeiter in Metz und Spandau litten ungemein unter der Wohnungsnot, welche die Mietspreise hochhalte.

Abg. **Boehle,** (Soz.):

Würde die Militärverwaltung etwas mehr Entgegenkommen zeigen gegenüber den Arbeiter-Organisationen, so würden wir es nicht nötig haben, jedes Jahr hier Wünsche der Militärarbeiter vorzutragen. Die Arbeiter-Ausschüsse wirken bei den Militärwerkstätten gar nichts, weil die Verwaltung alle Forderungen der Ausschüsse, die ihr nicht genehm sind, zurückweist. Und weil die Wahl von Personen, die der Verwaltung nicht passen, einfach kassiert wird, obwohl die Verwaltung doch eigentlich gar kein Recht hat sich in die Wahl einzumischen. Redner bemängelt dann ebenfalls Lohnverhältnisse und Arbeitsverhältnisse überhaupt unter besonderer Bezugnahme auf die Militärbetriebe in Straßburg.

Oberst **Wandel**

sagt auf die Wünsche des Abg. Will, bezüglich der Betriebsschreiber usw. Entgegenkommen zu, sobald gewisse Aenderungen im Rechnungswesen usw. durchgeführt seien. In der Lohnhöhe kann die Militärverwaltung nur nach den Durchschnittslöhnen in den industriellen und städtischen Betrieben gehen; das geschieht und die Betriebe der Militärverwaltung folgen dabei nicht der Konjunktur nach unten. Infolgedessen erhalten wir von einzelnen Firmen und Handelskammern bittere Vorwürfe, daß wir ihnen durch zu hohe Löhne die Arbeiter wegnähmen. Die Lohnhöhe ist ausreichend

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19100214017/fragment/page=0002

(der Oberst gibt Ziffern); bei Ersetzung des Stücklohnes durch Zeitlohn würden die Arbeiter schlecht fahren.

Abg. **Pauli-Potsdamm** (kons.):

Die Arbeiterausschüsse sind ja eine gute Institution, aber die Minderheiten sind in ihnen nicht vertreten. Auch dürfen Beschwerden nicht wiederholt werden, auch wenn sie nicht erledigt sind. Die Ausschüsse sind also eine ganz illusorische Institution, und man kann sich nicht wundern, wenn die Arbeiter kein Vertrauen zu ihnen haben.

Abg. **Goercke** (nl.):

Erforderlich ist jedenfalls, daß die Arbeiter in den Militär-Werkstätten nach ihren Leistungen bezahlt werden. Man sollte auch nicht eine Sache, die abschläglich beschieden würde, ein für alle mal als erledigt ansehen. Die Einzelangaben der Vorredner können wir natürlich hier nicht kontrollieren. Dem Oberst Wandel darf man Dank wissen, daß er die einseitigen sozialdemokratischen Beschwerden als unrichtig nachgewiesen hat. Als Oberst Wandel von den Löhnen sprach, machte der Abg. Fischer einen Zwischenruf. **Sie, Herr Fischer, hatten dazu am allerwenigsten Anlaß, denn man weiß ja, wie die Löhne beim „Vorwärts" sind.** (Ruf links: Reichsliügen-Verband!) **Nein, Herr Fischer, man weiß das aus den Angaben des Herrn Rexhäuser und des Arbeitsausschusses beim Vorwärts.** Und wenn Sie vom „Reichsliügen-Verband" sprechen, so sind Sie ja eben erst in Cassel reingefallen, wo Sie den Wahrheitsbeweis gegen jenen Verband nicht einmal versucht haben!

Abg. **Mommsen** (frs. Vgg.):

Eine generelle Lohnerhöhung für die Arbeiter und Handwerker wird notwendig sein. Der Durchschnittslohn kann nicht maßgebend sein, weil wir die Eigenart der Institute berücksichtigen müssen, und weil besonders qualifizierte Arbeiter recht gut bezahlt werden. Die Frage des Stücklohns bedarf sorgfältiger Prüfung. Ganz abschaffen wollen ihn auch die Arbeiter nicht, wie mir aus Danzig z. B. mitgeteilt wird. Zum Schluß noch einen Wunsch. Den Spandauer Arbeitern hat man unlängst den Tagelohn um 30 Pfg. aus besonderen Gründen erhöht. Ich gönne das den Spandauern. Aber man sollte jetzt erwägen, ob nicht dieselben Gründe, die damals für die besondere Lohnerhöhung in Spandau sprechen, auch für Danzig Geltung haben. Gerade dort sind die industriellen Arbeiterverhältnisse schwierige.

Oberst **Wandel**:

Wenn Handwerker und Arbeiter Wünsche haben, so müssen sie den geordneten Weg über die Arbeiterausschüsse gehen. Organisationen wie etwa der „Bund der Handwerker", von dem einer der Herrn sprach, dürfen sich nicht in den Gang der Dinge mischen. Daß die Lohnordnung etwas unübersichtlich geworden ist, gebe ich zu. Das liegt aber eben nur daran, daß seit 1904 so viele Aenderungen zugunsten der Arbeiter getroffen worden sind. Die von dem Vorredner gewünschte endgültige Regelung der Pensionsfrage müssen wir so lange zurückstellen, bis die Reichsversicherungs-Ordnung neugeregelt ist.

Abg. **Sommer** (frs. Vpt.):

Der Abgeordnete v. Oldenburg und der Kriegsminister sprachen von dem Offizierkorps als einer einheitlichen Familie. Es scheint in diesen Familien aber doch etwas seltsam zuzugehen. Es gibt bevorzugte Kinder und — Stiefkinder. Als solche nenne ich die Feuerwerks- und Zeug-Offiziere, die aus der Elite des Unteroffizierkorps hervorgegangen sind und die als erstklassige Menschen auch in der neuen preußischen Wahlrechtsvorlage gelten. Redner verlangt für diese Kategorie rascheres Vorrücken zum Hauptmann, der ja für sie der Abschluß der Carrière darstelle, sowie Besserstellung in Gehalt und Pension.

Oberst **Wandel**:

Diese Beschwerden setzen mich in Erstaunen. Bei der Besoldungsordnung sind gerade diese Herren so erheblich bevorzugt worden, daß Grund zu Klagen nicht vorliegen kann.

Abg. **Dr. Potthoff** (frs. Vgg.)

tritt für die nichtbeamteten Angestellten bei den technischen Instituten ein. Die technischen Hilfskräfte haben noch viele berechtigte Wünsche, ebenso die Kanzleischreiber und Meistergehilfen. Eine Ehrenpflicht des Staates ist es, sich als anständiger Arbeitgeber zu zeigen.

Abg. **Zubeil** (Soz.)

weist die Vorwürfe gegen den „Vorwärts" zurück. Die Arbeitsbedingungen seien geradezu musterhaft.

Die Debatte über den Vorwärts schließt mit nochmaligen Auseinandersetzungen zwischen den Abgg. Fischer (Soz.) und Goercke (nl.).

Das Kapitel Waffenwesen wird genehmigt.

Bei einem weiteren Titel, für Vermehrung der Kraftwagen, äußert

Abg. **Storz** (Volksp.)

die Besorgnis, die umfangreiche Benutzung von Automobilen könne vielleicht das richtige Empfinden für die Leistungsfähigkeit von Mann und Pferd abschwächen.

Kriegsminister **v. Heeringen**:

Diesen Eindruck könnte man ja vielleicht haben, aber bei den Manövern hat er eine Bestätigung, etwa durch Zunahme der Erkrankungen von Mannschaften und Pferden, nicht gefunden.

Unter den einmaligen Ausgaben hat die Kommission eine Forderung für Neubau von Schießständen bei Düsseldorf gestrichen. Ein konservativer Antrag auf Bewilligung wird nach kurzer Debatte angenommen gegen Zentrum und Sozialdemokraten.

Angenommen wird schließlich die Resolution der Kommission betr. genügender Wahrung der öffentlichen Interessen bei Verkauf des Tempelhofer Feldes.

Damit ist der Militäretat erledigt.

Kriegsminister **v. Heeringen**:

Meine Herren: Der Herr Abg. Ledebour hat mir, wie ich im Protokoll gelesen habe, gestern zugerufen: „Der Kriegsminister kneife." Hier hat das gestern niemand gehört, sonst hätte ich sofort geantwortet. Ich glaube, m. H., zu verteidigen brauche ich mich nicht. Es handelt sich um die Frage der Eidesleistung der Offiziere. Zwischen den Ansichten über die Pflichten gegen Monarch und Staat besteht zwischen dem Herrn Abgeordneten und mir ein ziemlicher Abgrund. Um allen Mißverständnissen vorzubeugen, erkläre ich: wenn ich gestern von Kurhessen sprach, so schwebte mir der Vergleich vor zwischen den Verfassungskämpfen in Kurhessen und den inneren Kämpfen in Preußen in den 60er Jahren. In Kurhessen wurde die Armee unwillkürlich in die inneren Wirren hereingezogen und löste sich auf. Ganz anders in Preußen. Hier war die Armee nicht vereidet auf die Verfassung und sie blieb daher unberührt von den inneren Kämpfen und konnte unbeirrt ihren Aufgaben nachgehen. (Bravos rechts.) Wie würde es ausgesehen haben, wenn auch in Preußen die Armee in die Verfassungskämpfe hineingezogen worden wäre. Ihre Schlagfertigkeit würde erheblich gelitten haben. Das schwebte mir gestern vor. Und diese Beispiele waren sicher packend. (Lebh. Beifall rechts.) Ich habe meinen Vergleich selbstverständlich nur negativ gemeint. M. H., es werden mich die verstehen, die mich verstehen wollen. Herrn Ledebour zu antworten, darauf verzichte ich. (Lebh. Beifall rechts.)

Abg. **Ledebour** (Soz.)

erwidert, die gestrige Auslassung des Kriegsministers habe jedenfalls so verstanden werden müssen, als sei es ein Fehler für Kurhessen gewesen, daß die Offiziere dort auf die Verfassung vereidet waren. Redner geht dann auf die kurhessischen Zeiten unter seinem „verbrecherischen" Minister Hassenpflug ausführlich ein.

Kriegsminister **v. Heeringen**:

Die Worte des Vorredners bestätigen nur, wie wenig nötig ich habe, ihm zu antworten. Das, was er mir unterstellt, habe ich gar nicht gesagt. Ich habe Kurhessen nur als Beispiel dafür angeführt, wie Wirren eintreten können und wie dadurch ein Land dem äußeren Feinde preisgegeben werden kann.

Damit endet diese Erörterung.

Montag 1 Uhr: Kaligesetz und Stellenvermittlung.

Schluß 6½ Uhr.

Vermischtes.

Schiffbruch in der Magellanstraße.

Noch haben sich die Erregung und die Trauer um die Opfer der „Chanzy"-Katastrophe bei den Balearen nicht gelegt, und schon wieder kommt die Nachricht von einem schweren Schiffsunglück in jener gefährlichen Meeresstraße, die das Festland von Südamerika vom Feuerland und dem Kap Horn trennt. Ueber ein halbes Hundert Personen hat dabei das Leben eingebüßt. Es wird hierzu gemeldet:

Paris, 14. Febr. Der in der Magellanstraße verunglückte Passagierdampfer „Lima" war nach Depeschen aus Newyork von Liverpool nach Callao unterwegs. Das Schiff hatte 250 Passagiere außer der Besatzung an Bord. Das Unglück ereignete sich in der Nähe der Insel Huamblin. 188 Passagiere und 17 Mann der Besatzung sind in Ancud angekommen. Nach Aussagen der Geretteten befinden sich an Bord noch 44 Passagiere und 38 Mann der Besatzung in verzweifelter Lage. Die finische Regierung hat einen Schlepper und den Dampfer „Rapunco" an den Schauplatz der Katastrophe entsandt. Der Pilot der „Lima" und 50 Mann der Besatzung sind umgekommen. Der Agent der Pacific Steam Company kabelte seiner Gesellschaft dieselben Angaben nach Liverpool.

Die Insel Huamblin liegt 1200 Kilometer südlich von Valparaiso.

Zum Untergang des „General Chancy".

Ueber die „Chancy"-Katastrophe werden noch folgende Einzelheiten gemeldet:

Das unter den Opfern des „Chancy"-Unterganges genannte Fräulein Weil ist eine Elsässerin aus Moweiler. Major Boltenstern kam aus Dänemark, Herr Hammers aus Schweden, Herr Tazada ist spanischer Konsul in Oran. Die Leichen eines etwa 30jährigen blonden Mannes und einer Frau, die ihr Kind umklammert hielt, sind an das Ufer geschwemmt worden. Sechs französische Torpedojäger werden die an der Unglücksstätte bei Minorca schwimmenden Leichen zu bergen suchen.

Der einzige Ueberlebende, Bandez, will sich jetzt deutlich einer Kesselexplosion in der Nähe des Riffs von Correnueva bei der sogenannten Eblespitze erinnern. Bandez blieb 36 Stunden auf einer wogenumbrandeten Klippe und schleppte sich dann nach San Escudero. Nach den Aussagen Bandez' war das Licht des Leuchtturms im Morgennebel kaum noch wahrnehmbar. Die Zahl der ohne Ernährer hinterbliebenen Witwen beträgt 14, die der Waisen 102. Von der Compagnie des Messageries Maritimes verlautet, daß der materielle Verlust nichts bedeute, da das Schiff bereits ein Alter von 17 Jahren erreicht, mithin keinen bedeutenden Geldwert mehr hatte. Der Betrieb der Gesellschaft wird durch Verlust des Schiffes nicht beeinträchtigt. Doch dürfte der moralische Schaden sehr bedeutend sein.

Wie weiter aus Paris telegraphiert wird, herrscht bei Minorca noch immer schwerer Seegang, wodurch die Bergungsarbeiten sehr erschwert werden. Die Pariser Blätter behaupten, der Dampfer „Chancy" habe 30 Tonnen Pulver an Bord gehabt, die möglicherweise explodiert sind.

*

Aus Palma wird gemeldet: Die Nachrichten über den Zustand des einzigen Geretteten bei der Katastrophe des „General Chancy" lauten äußerst beunruhigend. Dem Unglücklichen sind Arme und Beine erfroren. Die Aerzte halten eine schleunige Amputation beider Arme und Beine für notwendig.

In der Notwehr erschossen.

Saarbrücken, 14. Febr. Zu einem Renkonter mit tödlichem Ausgang kam es in dieser Nacht in einem Stadtteil von Burbach zwischen einigen jungen Leuten und einem Schutzmann. Der Beamte wurde von jungen Leuten angegriffen, zu Boden geworfen, wobei man ihm den Säbel entriß. In äußerster Notwehr griff der Polizist zum Revolver und feuerte einen Schuß ab. Die Kugel traf den 20 Jahre alten Arbeiter Zimmer, der auf der Stelle tot zusammenbrach. Die übrigen Arbeiter wurden verhaftet.

Unterhaltungsblatt.

Rosen-Felix. Originalroman von Walter Schmidthäßler. (Forts.) — Pierrot und Pierrette. Fastnachtshumoreske von Marie Stahl. — Schach und Rätsel

Meteorologische Station.

	12. Februar 9 Uhr abends	13. Februar 7 Uhr morgens
Barometer Millimeter	754.7	760.1
Thermometer Celsius	1.1	1.0
Rel. Feuchtigkeit	83 %	87 %
Wind	SSW 1	W 1

Maximum der Temperatur am 11. Febr.: 4,0° C.
Minimum in der Nacht vom 11. Febr. zum 12. Febr.: —0,3° C.
Niederschläge am 12. Febr. 7 Uhr morgens: 3.3 mm.

	13. Februar 9 Uhr abends	14. Februar 7 Uhr morgens
Barometer Millimeter	760,2	756,9
Thermometer Celsius	— 0,2	3,3
Rel. Feuchtigkeit	85 %	98 %
Wind	W 1	O 2

Maximum der Temperatur am 13. Febr.: 4,9° C.
Minimum in der Nacht vom 13. Febr. zum 14. Febr.: —4,1 C.
Niederschläge am 24. Febr. 7 Uhr morgens: 0,3 mm.

Wetter-Aussichten.

15. Februar: Bedeckt, um Null herum, feucht, windig.
16. Februar: Milde, heftige Winde, Niederschläge.
17. Februar: Bedeckt, trübe, windig, milde.
18. Februar: Meist trübe, milde, Frühlingsluft.
19. Februar: Milde, bedeckt, trübe, windig.

Leitung: Wilhelm Georg.
Verantwortlich für den politischen Teil: **Wilhelm Georg**; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Handel: Eugen Brinkmann; für Ausland, Letzte Nachrichten und Sport: Erich Polckow; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Inseratenteil: Friedrich Endrulat; Druck u. Verlag von Otto Hendel, Sämtlich in Halle a. S.
— Diese Nummer umfaßt 12 Seiten —
einschließlich Unterhaltungsblatt.

Spezialhaus für Möbeltransport und Lagerung
Hilmar Kaufmann, Klosterstraße 4 und 5 Fernruf 432.

Verlobte
sind höflichst zur zwanglosen
Besichtigung unserer ständigen
Ausstellung
fertig eingerichteter
Wohnräume
eingeladen.
Kostenanschläge und Vorbesprechungen
bereitwilligst.

Gebr. Bethmann
Kunstmöbelfabrik
Atelier für künstlerische Ausgestaltung der Innenräume.
Vornehme aparte Arrangements. 80 Musterzimmer.
Dekorationen nach eigenen Entwürfen.
Gr. Steinstrasse 79. **Halle a. S.** Gr. Steinstrasse 79.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19100214017/fragment/page=0003

Walhalla-Theater

Direktor u. Besitzer: Paul Blüthgen.

Nur noch Montag und Dienstag:

Olympia Desvall's wunderbarer Sportakt.

Amerik. Pantom. der Piccad-Comp. **Die Einbrecher von Newyork.**

Erna Koschel — Albert Böhme — Pia Carozzi

Die Verbrennung der indischen Witwe!

Kosta — 2 Cutterstones — Biograph.

Mittwoch, nachm. 4 Uhr: **Schülervorstellung.**

Orchestermusik. Entree: Kinder 10 Pfg., Erwachsene 20 Pfg.

Cabaret Kaisersäle.

Jeden Abend Vorstellung u. a.:

Otto Fritzsche,

gen. d. Typenkönig vom ehem. **Ernst v. Wolzogenschen Ueberbrettl'** Anno 1901.

Bella Kankena,

der unerreichbare weibliche Humorist.

Ausserdem Auftreten von **5 erstklassigen „Cabaret-Typen".**

Anfang 9 Uhr.

Neu! American-Bar Neu!

Geöffnet bis 2 Uhr nachts.

Neues Theater.

Direktion: E. M. Mauthner.

Dienstag: Zum 1. Male wiederholt:

Die süße Cora.

Stadt-Theater in Halle a. S.

Fernruf 1181.

Direktion: Hofrat **M. Richards.**

Dienstag, den 15. Februar

151. Vorst. im Abonn. 3. Viertel.

Novität! Zum 3. Male: Novität!

Das Konzert.

Lustspiel in 3 Akten v. Herm. Bahr.

Spielleitung: Walter Sieg.

Personen:

Gustav Heinf, Pianist	Walter Sieg.
Marie, s. Frau	S. Kornow.
Dr Franz Jura	G. Rudolph.
Delfine, s. Frau	Theny Bricken.
Eva Gerndl	M. Schlomka.
Pollinger	Georg Thies.
Frau Pollinger	M. Brandow.
Fräulein Wehner	L. Walter-Hörig
Frl. Selma Meier	Lotte Voß.
Miß Garden	M. Kampf.
Frau Claire Floderer	Melly Rusch.
Frau Fanny Mell	Irmg. Kühn.
Ein Stubenmädchen	Marta Sübben.
Eine Magd	Winni König.

Nach dem 1. Akt längere Pause.

Kassenöffnung 7 Uhr.

Anf. 7½ Uhr. Ende nach 10 Uhr.

Mittwoch, den 16. Februar

152. Vorstellung im Abonnement. 4. Viertel.

Madame Butterfly.

(Die kleine Frau Schmetterling.)

Oper in 3 Akten (nach John L. Long und David Belasco) von L. Allice u. G. Giacosa. Deutsch von Alfred Brüggemann. Musik von Giacomo Puccini.

Hierauf:

Novität! Zum 4. Male. Novität!

Versiegelt.

Komische Oper in einem Akt nach Kauppach von Richard Batka u. Bordes-Milo. Musik v. Leo Blech.

Nach Schluß der Vorstellung **Erfrischungen mit kleinem Imbiss** im

„Weinhaus Broskowski."

Apollo-Theater

Tel. 183. Tel. 183.

Direktion: Gustav Poller.

Gastspiel des **„Berliner Schauspiel-Ensembles"**

Nur noch heute und morgen, präzise 8 Uhr:

Mit glänzender Ausstattung an Dekorationen!

„Zeit ist Geld".

Eine phantastische Träumerei in 2 Akten u. 1 Vorspiel (12 Bildern) von **C. Waldow**

auf der **Original-Berliner Drehbühne.**

Mittwoch, den 16. Februar, **zum 1. Male!**

Ein seltsamer Fall.

Sensations-Schauspiel in 4 Akten von **Jefferson u. Mansfield.**

Im letzten Akt: **Der neue Sensationstrick:**

Das Verwandeln einer lebenden Person in eine völlig andere auf offener Bühne.

Morgen (Dienstag) 8½ Uhr „Mozartsaal"

Liederabend von

Luise Meiling — Erich Augspach.

Billetts in der Hofmusikalienhdlg. Reinhold Koch.

Nach Schluß

Erfrischungen und delikater kleiner Imbiß in den behaglichen Räumen des

Weinhaus Broskowski.

Das beste Künstler-Ensemble konzertiert Dienstags und Donnerstags v. 4—12 Uhr, sonst tägl. von 8—12 Uhr im **Wintergarten:** Künstler.

Thale (Harz)

Töchterpensionat v. Fr. Prof. Lohmann. Alle Wissensch. Künste. Haush. Koch. Ges. schöne Waldl. Näh. Prospekt.

Seiler Pianos.

Albert Hoffmann, Am Riebeckplatz.

American Theater

No. 20 Grosse Ulrichstrasse No. 20.

Aeltestes, populärstes, beliebtestes Kino von Halle.

Meine jetzigen Wochenprogramme übertreffen alles Dagewesene.

Neu! Das Pathu-Journal bringt wöchentlich Ereignisse aus allen Weltteilen. **Neu!**

Hochaktuell! Täglich von 3 bis 11 Uhr Vorstellung. **Billige Preise.** Hochaktuell!

Wieder-Eröffnung.

Am **Dienstag,** den **15. Februar, nachmittags 5 Uhr,** eröffne ich in meinem Hause

Rannischestrasse 13 (Ecke Moritzzwinger)

das frühere **Café Spanier** unter dem Namen

Café Börner.

Meine werte Nachbarschaft, sowie liebe Freunde und Bekannte bitte ich, mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Für **gute Speisen** und **Getränke** werde ich Sorge tragen.

Hochachtungsvoll

Carl Börner.

Bad Sachsa

(Südharz). (20643

Wintersport.

Längste Rodelbahn des Harzes 4600 Meter.

Gutes dauerhaftes Gummiband für Strumpfbänder kauft man bei **H. Schnee Nachf.,** Gr. Steinstr. 84.

Auswärtige Theater.

Leipzig.

Neues Theater: Dienstag, den 15. Februar: **Militärkromm. — Die Fledermaus. — Tanzbilder.**

Altes Theater: Dienstag, den 15. Februar: **Der Rastelbinder.**

Magdeburg.

Stadt-Theater: Dienstag, den 15. Februar: **Im Paradiese Mohammeds.**

Halberstadt.

Stadt-Theater: Dienstag, den 15. Februar: **Versiegelt. — Der Barbier von Sevilla.**

Erfurt.

Stadt-Theater: Dienstag, den 15. Februar: **Der Waffenschmied.**

Altenburg.

Herzogliches Hoftheater: Dienstag, den 15. Februar: **Siegfried.**

Dessau.

Herzogliches Hoftheater: Dienstag, den 15. Februar: **John Gabriel Borkman.**

Eisenach.

Stadt-Theater: Dienstag, den 15. Februar: **Die Walküre.**

Weimar.

Großherzogliche Hofbühne: Dienstag, den 15. Februar: **Maurer und Schlosser.**

Geschäfts-Eröffnung.

Wir eröffnen morgen

Gr. Steinstrasse 81, I.

einen **Salon für Anfertigung**

eleganter Damen-Toiletten

und sehen geneigtem Besuche entgegen.

Halle a. S., den 15. Februar 1910.

Hochachtungsvoll

Damen-Moden-Salon Wackernagel & Alperstedt.

Unterricht

für Klavier, Violine, Cello, Sologesang

wird auch an Anfänger erteilt in der Grundschule des **Bruno Heydrich'schen Konservatoriums** für Musik und Theater, Gütchenstrasse 20.

Geschwister Honorarermässigung. Anmeld. im Sekretariat.

Zur Aufführung im Stadttheater in Halle a. S.

Montag, den 14. Februar 1910, abends

Maria Stuart.

Ein Trauerspiel von **Friedrich von Schiller.**

Mit einer Vorbemerkung und dem Bilde des Dichters

kl. 8° (144 S.).

Preis geh. 25 ₰, in Lnbd. 60 ₰

Verlag von Otto Hendel in Halle a. S.

Welt-Panorama,

Schweiz, Ob. Leipzigerstr. 36. Basel, Luzern, Vierwaldst. See.

Schneidermeister-Sterbekasse.

Dienstag, 22. Febr., abds. 8½ Uhr im „Gold. Schiffchen", Gr. Ulrichstr.

General-Versammlung.

Morgen Dienstag **Schlachtefest.**

Oskar Knoche Robert Franzstr. 7.

Althee-Bonbons,

von vorzügl. Wirkung gegen Husten u. Heiserkeit, a Paket 50 u. 25 ₰ empfiehlt **Joh. Mitlacher,** Poststr. 11.

Am Sonntag, den 20. Februar,

nachmittags 3½ Uhr, findet im grossen Saal der **„Kaisersäle"** eine

Versammlung des

Hansa-Bundes

statt, in welcher der **Präsident des Bundes,**

Herr Geheimer Justizrat Dr. Riesser,

sprechen wird.

Alle Mitglieder und Freunde des Hansa-Bundes sind zu dieser bedeutungsvollen Versammlung höflichst eingeladen.

Der Vorstand

der Ortsgruppe Halle a. S. des Hansa-Bundes.

Deutscher Ostmarken-Verein, Ortsgruppe Halle a. S.

General-Versammlung

am Mittwoch, den 16. Februar 1910, abends 8 Uhr, im Saale des „Hotel Tulpe", Alte Promenade 5.

Tagesordnung: a) Vorstandswahl; b) Rechnungslegung.

Um 8½ Uhr:

Vortrag des Herrn Generalsekretärs Schoultz, Berlin.

Thema: **„Die letzten Vorgänge auf dem Gebiete der Ostmarkenpolitik."** 2987

Eintritt frei.

Es wird um zahlreiche Beteiligung gebeten. Gäste, auch Damen, sehr willkommen. Nach dem Vortrage gesellige Vereinigung.

Der Vorstand.

Tätowierung ohne Gefahr u. Berufsstörungen. **Mutter- und Feuermale** entferne

In einigen Großstädten wird m. Verfahr. von Aerzten ausgeübt. **Viktor Schefelstr. 15, p. r.,** Sprst. v. 9—11u 3—7, Sonnt. 11—12.

Holzmachers Parkettbohne

1 Pfd.-Dose 90 Pf. empfiehlt **A. Trautwein,** Gr. Ulrichstr. 31.

Mitgl. des Rab.-Spar-Vereins.

Reizende Neuheiten in **Kotillon-Touren** und **Kotillon-Orden** finden Sie äußerst preiswert bei

Albin Hentze,

M. d. R.-Sp.-V.

24 Schmeerstr. 24.

Damen-

Kopfwäsche (Shamponieren), das beste zur Reinigung u. Pflege des Haares. Grösste Auswahl in feinst. präpar. **Zöpfen** von nur weichem u. bestem ungefärbten Haar. Mindestens 2 Jahre Garantie für gute Haltbarkeit. Anfertigung aller Sachen auch von eigenem Haar. 1282

Reelle billige Preise.

E. Zeutschler,

Spezial-Damen-Frisier-Geschäft, **Magdeburgerstr. 65** (Hotel Berges).

Passend f. Brautleute.

Eleg. mod. **Herren-, Speise-** u. **Schlafz.** weit unt. Ladenpreis z. verk. **Struhel, Königstr. 28,** ½ Tr.

Kaufmänn. Turn-Verein Halle a. S.

Gegründet: 1875.

Vereinslokal „Mars in Tour" Gr. Ulrichstr.

Turnen der **Männer-Abteilung** Dienstags und Freitags in d. Schulturnhalle Dreyhauptstr. Leiter: Turnwart **Max Kuhn.**

Die Turnstunden beginnen abends 8½ Uhr und sind Herren, die Lust und Liebe zum Turnen haben, stets willkommen.

Die **Damen-Abteilung** turnt **Donnerstags** abends von 7½ bis 9½ Uhr in der Schulturnhalle Lessingstraße. Leiterin: Turnlehrerin Seiß.

Blüthner-Flügel,

fast neu, prachtvoller Ton, äußerst preiswert zu verk. **B. Döll,** Gr. Ulrichstr. 33/34.

Stickereien u. Einsätze

zu Wäsche, Kleidern u. Blusen, Schweiz. u. Plauener Fabrikate.

Echte Madeira-Handstickereien,

als: Hemden, Garnituren, Taschentücher, Languetten u. dgl., alles in großer Auswahl zu bill. Preisen u. 5% Rabatt **Thomasiusstr. 8, III r.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19100214017/fragment/page=0004